

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002**Strategien zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen – Bericht der Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner^{*)}**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Bericht „Strategien zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen“, den die Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner erstellt hat, mit der Bitte um Kenntnisnahme und Unterstützung.

Der Senat hat im Juni 1999 beschlossen, bis zum Ende der Legislaturperiode 2003 die Verwaltungsaufgaben in der Freien Hansestadt Bremen neu zu ordnen und die gesamte Landes- und Stadtverwaltung aufgabenkritisch neu auszurichten. Eine Querschnittsaufgabe in diesem Reformprozess wurde in der Beantwortung der Frage gesehen, von welchen Bedingungen und Voraussetzungen der weitere Beschäftigungsaufbau und die Sicherung der Einwohnerzahl im Land Bremen abhängig ist.

Angesichts der problematischen Einwohner- und Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen des Reformprozesses zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe „Arbeitsplätze/Einwohner“ unter der Federführung der Ressorts Wirtschaft und Häfen sowie Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales eingerichtet. Die Steuerungsgruppe hatte den Auftrag Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, mit denen künftig die Politik des Senats stärker auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Gewinnung von Einwohnern ausgerichtet werden kann und diese in einem Bericht vorzulegen. Dabei ging es zum einen darum, auf bereits bestehende Programme und Politiken aufzusetzen und diese weiter zu entwickeln. Zum anderen sollten auch strategische Optionen für die zukünftige Politik des Senats aufgezeigt werden.

In diesem Zusammenhang sind auch die Aktivitäten der Bürgerschaft (Landtag) zu sehen. Die Bürgerschaft (Landtag) beschloss auf Basis eines Dringlichkeitsantrages der Fraktionen der CDU und der SPD am 20. März 2001 (Drs. 15/671): „Der Senat wird gebeten, in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zwölf Monate, über die ersichtlichen Bevölkerungsentwicklungen – insbesondere der Umlandentwicklung – der Bürgerschaft einen schriftlichen Bericht vorzulegen, der zudem eine diesbezügliche Bewertung und daraus abzuleitende Konsequenzen und Maßnahmen für die Sanierungspolitik des Landes Bremen enthält.“ Ebenfalls mit Beschluss vom 20. März 2001 (Drs. 15/667) hat die Bürgerschaft (Landtag) auf Basis eines Antrages der Fraktionen der SPD und der CDU den Senat aufgefordert ein Konzept zu erarbeiten, durch das die Attraktivität Bremens für neue Einwohnerinnen und Einwohner aus allen Bevölkerungsgruppen gestärkt wird.

Die Konstituierung der Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner erfolgte am 5. Juni 2001. Neben den federführenden Ressorts waren die Senatskanzlei sowie die Ressorts Finanzen, Bildung und Wissenschaft, Bau und Umwelt sowie Inneres, Kultur und Sport an der Arbeit beteiligt. Beratend haben an den Sitzungen der Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner der Magistrat Bremerhaven, der

^{*)} Der Bericht ist den Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) zugeleitet worden und kann außerdem bei der Verwaltung der Bürgerschaft — Bibliothek — eingesehen werden.

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen, die Landesbeauftragte für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, die Bremen Marketing GmbH, der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen, das Statistische Landesamt Bremen sowie das BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH teilgenommen. Zu einzelnen Themenstellungen hat die Steuerungsgruppe aus ihrer Mitte heraus Arbeitsgruppen eingerichtet.

In ihrem Arbeitsprogramm hatte die vom Senat eingesetzte Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner im Juni 2001 festgestellt, „dass die Steuerungsgruppe der zentrale Ort für die mit der Erreichung des Ziels einer hohen Einwohnerzahl verbundenen Diskussion der bremischen Verwaltung ist. Die Steuerungsgruppe AP/E wird die Berichterstattung über die Einwohnerentwicklung (Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft vom 20. März 2001) sowie die damit im Zusammenhang stehenden Verbindungen zur Langfristigen Globalplanung (LGP) in einem Gesamtprogramm darstellen.“

Die federführenden Ressorts haben darauf hin mit den Antragstellern des Bürgerschaftsbeschlusses „Positive Einwohnerentwicklung im Lande Bremen“ (Drs. 15/667) die Verabredung getroffen, dass dieser im Gesamtbericht mit abgearbeitet wird.

Der nun vorliegende und dieser Mitteilung beigefügte Bericht stellt insbesondere unter finanzwirtschaftlichen Aspekten – im Rahmen des derzeitigen Finanzausgleichssystems zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und zu realisierender steuerabhängiger Mehreinnahmen – die Bedeutung einer möglichst hohen Einwohner- und Arbeitsplatzzahl für das Land Bremen heraus. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Zugewinn von Einwohnern bilden damit die strategischen Handlungsziele für die Sanierung des Landes Bremen. Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag) das Erreichen dieser strategischen Handlungsziele zu unterstützen.

Die in diesem Bericht aufgelisteten Maßnahmen und Strategien wurden allein unter dem Aspekt der Gewinnung von Arbeitsplätzen bzw. Einwohnern ausgewählt. Sie werden als Schwerpunktorientierungen verstanden, die nicht die konkrete Abstimmung und Beschlussfassung im Einzelfall ersetzen können und sollen. Insbesondere die Ausformulierung von Einzelmaßnahmen und -projekten, Kosten-Nutzen- und Finanzierungsüberlegungen müssen in den Ressorts geleistet werden.